

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.
monatl. 3 fl. In den Ausgabenstellern monatl. 2,75 fl.
Bei Postbezirk vierteljährlich 9,25 fl. monatl. 2,11 fl. Unter Streifband in Polen
monatl. 5 fl. Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsminderung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 20 Groschen, die 90 mm
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf. übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platz-
vorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Stettin 1847. Bremen 202157

Nr. 58.

Bromberg, Mittwoch den 11. März 1925.

49. Jährg.

Danziger Fragen vor dem Völkerbundsrat.

I. Probleme der Völkerbundorganisation.

Aus Danzig wird uns von einem neutralen Freund gefordert:

Die Völkerbundorganisation in Danzig gleicht einer Maschine, um bestimmte, vom Leben ausgeworfene Probleme durch neue Rechtsformen zu lösen. Entstehen Hemmungen und Reibungen, so kann dies entweder am Leben selbst oder an Mängeln der Organisation liegen. Das eine ist ein Problem der Politik, das andere eine Frage der Mechanik des Völkerbunds. Die neue Danziger Tagesordnung des Völkerbundsrats ist, nachdem im Vorjahr einmal nahezu der glückliche Augenblick der Auflösung aller Rückstände erreicht schien, zu einem umfangreichen Penumbra angewachsen und es entsteht die Frage, ob nicht in der Einführung des Völkerbunds in die Danziger-polnischen Beziehungen mechanische Fehler oder Mängel vorliegen.

Die Zunahme der Streitfälle hat mehrere Ursachen: Mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen steigt die Zahl der Streitfälle und es hat sich hierbei die Gefangenheit herausgestellt, gegen die Entscheidungen des Oberkommissars binnen der zulässigen vierzigtagigen Frist den Refus nach Genf einzubringen; je heikler das Thema ist, um so schwerer entschließt sich der Völkerbundsrat zu einer inappellablen Entscheidung, verweist auf direkte Verhandlungen oder beruft einige Experten, so daß sich die Altenstücke nicht nur von einer Tagung zur nächsten fortsetzen, sondern ihr Umfang von Monat zu Monat anschwillt. Bögert die zweite und lebte Instanz in Genf mit ihrem Schiedsspruch, so rückt vor der ersten Instanz in Danzig die Machtspolitik in den Vordergrund und der Oberkommissar gerät in eine politisch bedrangte Lage. Der Danziger Völkerbundskommissar muß als ein über den Parteien stehender Richter an Hand des Versailler Friedens, des Pariser Vertrags, des Warshauer Abkommens und der zahlreichen Entscheidungen seiner Vorgänger den Geist aller Verträge immer dann von neuem zum Leben erwecken, wenn er von den Parteien vergessen wird. Sein Ziel ist vorgezeichnet und seine Marschroute der großen Politik entläuft, aber im Einzelfall muß er selbst die Wege und Pfade des Rechtes finden und es beweist die Unparteilichkeit Mac Donnells, wenn die Einprüche bald von Danzig, bald von Polen kommen. Vieles könnte sich bei einem erträglichen Verhältnis zwischen Danzig und Polen auf dem Wege der direkten Vereinbarung regeln lassen. Ist es noch statthaft, auf ein exträgliches Verhältnis zu hoffen? Selbst wenn der ehrliche Wille auf beiden Seiten vorhanden wäre, so wird — dank der verschiedenen Temperamente der Parteien — der Posten eines Völkerbundskommissars in Danzig doch immer ein verantwortungsvolles und arbeitsreiches Amt bleiben.

Der tiefere Grund aller Konflikte liegt in einem staatsrechtlichen Missverständnis: der Pole spricht von einer autonomen Stadt, der Danziger von einem Staate des Völkerbunds beschränkten Staat. Die Entscheidung Mac Donnells vom November 1924 hat sich der Danziger Auffassung angegeschlossen, während Polen seinen geistigen Vorbehalt gegenüber dem kleinen Staatswesen offen bekundet. Dieser Vorbehalt geht so weit, daß der polnische Generalkommissar durch einige Zeit alle Akten unerledigt an den Senat zurücklandete, weil in ihnen von „Staatsbürgern“ und nicht von „Stadtbürgern“ die Rede war. Durch diese Neigung, bürokratischen Kleinigkeiten das Gemüth von Staatsaffären zu geben, entsteht ein regelrechter Amtsschimmel, die einfachsten Sachen möglichst unständlich zu handhaben. Der Pole empfindet es als Anmaßung, wenn die Danziger ihre Akten schnell erledigen, und die Danziger bezeichnen es plötzlich nicht mehr gern als eine Verschleppung, wenn Schriftstücke monatelang unbeantwortet bleiben. Der Völkerbundrat erhält schließlich die vom Oberkommissar bereits geklärten Rechtsfälle zur Überprüfung, und der von ihm beauftragte ständige Referent soll alle Akten studieren, so daß es bei der Tendenz der Materie, an Umfang zu gewinnen, nicht verwunderlich ist, daß Quintones de Leon in Rom erklärte, er beginne den Überblick zu verlieren und bedürfe in verschiedenen Fällen der Unterstützung durch Experten. Am Genfer Begegnungstisch erscheint manches außerordentlich kompliziert, was an Ort und Stelle oft sehr einfach ist.

Nach der Verfassung ist der Völkerbundrat der Schutzherr von Danzig. Da er in seiner Willensbildung jedoch eine politische Behörde ist, besteht die Gefahr, daß er bei jedem Streitfall zwischen Danzig und Polen einem seelischen Konflikt anheimfällt. Der Danziger Oberkommissar legt seine unparteiliche juridische Ansicht zum Rechtsfall vor, und im Völkerbundrat selbst fällt auf ihn das Schlaglicht der großen Politik: der Engländer neigt zu Danzig, der Franzose zu Polen, Italien ist neutral und Minister Benesch ist sich noch unklar, inwieweit er im Sinne seiner guten Tradition zwischen der englischen und französischen Ansicht vermitteln soll, ohne hierbei Polen vor den Kopf zu stoßen, mit dem er sich gegenwärtig im Stadium der ausgedehntesten Verhandlungen befindet. Die „Prager Presse“ blies zuerst mit voller Kraft in die polnische Trompete, verstummt aber sofort, als aus London die unfreundlichen Kommentare kamen. Und erhält jemand, der heute das offizielle Prager Organ durchblättert, welches sonst über Europa gut zu orientieren pflegt, nicht die Meinung, zwischen Polen, Danzig und dem Völkerbund sei alles in schönster Ordnung? Die politische Atmosphäre der zweiten Instanz ist eine völlig andere als in der ersten Instanz, und die polnische Politik richtet sich nach der zweiten Instanz.

In der letzten Zeit wurde mehrfach davon gesprochen, daß der Völkerbundskommissar, der Danziger Referent in Genf und der Völkerbundsrat nicht mehr ausreichend seien. Man scheint hierbei an die Einrichtung einer eigenen Ver-

waltungskommission, die stärkere Heranziehung von juridischen und technischen Experten, an die Inanspruchnahme eines besonderen Schiedsgerichts und eine Erweiterung der Rechte des Völkerbundskommissars zu denken. Die Einrichtung einer Verwaltungskommission bedeutet die Schaffung eines neuen Organs zur Durcharbeitung der Rechtsfragen und Vorbereitung der letzten Entscheidungen; die höhere Heranziehung von juridischen und technischen Experten ist zeittraubend; die Inanspruchnahme eines besonderen Schiedsgerichts ist widerlinig, denn sie bedeutet einen verfassungswidrigen Verzicht des Völkerbundsrats auf seine eigenen Aufgaben; die Erweiterung der Rechte des Völkerbundskommissars wurde von Max Donnill in seiner Denkschrift vom 20. Januar selbst aufgeworfen. Alle Mängel der Danziger Völkerbundorganisation lassen sich dahin zusammenfassen, daß sie zu langsam arbeitet. Da jeder Streitfall prinzipielle Hintergründe hat, so entstehen bei einem Aussehen der Völkerbundarbeit in allen Ecken diplomatische Kombinationen und Intrigen. In solchen Augenblicken bemerkst man erst, wie unentbehrlich der Völkerbund bereits geworden ist.

In Danzig kommt man mit den bestehenden Instanzen durchaus zurecht, wenn sich die maßgebenden Faktoren von folgenden Postulaten leiten lassen. Der Völkerbund muß die Autorität seines Oberkommissars gewährleisten, denn es geht nicht an, daß ein Staat im Rahmen seiner Völkerbundspolitik glaubt durch ein Misstrauensvotum seines Sejm den Danziger Völkerbundskommissar zum Rücktritt zu zwingen. Ferner muß der Völkerbundrat der übernommenen Pflicht eines Schiedsrichters nachkommen, denn es geht nicht an, daß er aus politischen Gründen den Kreis seiner Tätigkeit je nach Bedarf modifiziert und seine Macht im Namen des Rechts nur in einer den Großmächten jeweils genehmten Linie geltend macht. Der Völkerbundskommissar wiederum muß das Recht haben, bei einem schwedenden Verfahren einstweilige Verfügungen zum Schutz des Streitobjekts zu treffen, denn es geht nicht an, daß während seines Schiedsspruchs eine Partei ihn durch eine action directa oder ein fait accompli vom Richterstuhl herabstürzt. Die Parteien endlich müssen sich loyal und rücksichtslos der Völkerbundorganisation einfügen, denn es geht nicht an, daß kommissarische Entscheidungen einfach ignoriert werden und eine Partei, wenn es ihr plötzlich nicht mehr passt, sie plötzlich nicht mehr gelten lassen will. Es handelt sich durchaus nicht um Danzig, sondern ausschließlich um den Völkerbund, der in seiner Politik eine gerade Linie verfolgen muß.

Die 33. Völkerbundstagung.

Genf, 10. März. PAT. Unter dem Vorsitz Chamberlains hielt gestern der Völkerbundrat eine vertrauliche Sitzung ab, in welcher die Tagesordnung der heute beginnenden Session festgesetzt wurde. Die Hauptpunkte, mit denen sich der Völkerbundrat in der gegenwärtigen Session beschäftigen wird, sind folgende:

Das Genfer Protokoll, die deutsche Note über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, die Vorbereitungen zur Überweisung der Militärkontrolle in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien an die Kommissionen des Völkerbundes, die Finanzanierung Österreichs und Ungarns, die Ausweisung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel, die Neuwahl des Vorstandes im Saargebiet und endlich verschiedene Danziger Angelegenheiten.

Zwischen Briand, Chamberlain, Scialoja und Benesch finden inoffizielle Befredigungen über Fragen statt, die auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Session stehen und besonders in der Frage des Genfer Protokolls. Sämtliche Beratungen, die bis jetzt vertraulich gezeigt wurden, nahmen einen friedlichen Verlauf. Schon heute kann man mit aller Sicherheit feststellen, daß die Beratungen der gegenwärtigen Session lediglich eine grundsätzliche Vorbereitung für die Hauptdiskussion über die Sicherheitsfrage darstellen, die in der Septembertagung des Völkerbundes gelöst werden soll.

Wie der Korrespondent der PAT aus englischen Kreisen erfährt, wird Chamberlain am Donnerstag dem Völkerbundrat eine Deklaration in der Frage des Genfer Protokolls abgeben. Diese im Ton sehr ruhig gehaltene aber sehr klar formulierte Deklaration wird die Erklärung Englands enthalten, daß das Protokoll in der gegenwärtigen Form von England nicht als Grundlage für friedliche Garantien anerkannt werden kann. Chamberlain soll erklären, daß England im gegenwärtigen Augenblick keinen fertigen Plan habe, der das Genfer Protokoll ersetzen würde. England sei jedoch bereit, jedes ernst zu nehmende Projekt für die Garantierung des Friedens im günstigen Sinne zu erwägen.

Der Kampf um die Selbstverwaltungsgesetze in Polen.

Seit Jahr und Tag beschäftigt sich der Sejm mit den Gesetzen über die Selbstverwaltung. Die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Landgemeinden wurde bereits vor einem halben Jahre erledigt. Die zweite Lesung dieses Entwurfs war monatelang in der Sejmkommission und wurde endlich vor kurzem zu Ende geführt. Die dritte Lesung wurde vertagt, bis das Gesetz über die Wahlordnung für die Gemeinderäte zur Verabschiedung kommt. Die Beratungen über diesen Gesetzentwurf haben erst vor einigen Tagen begonnen und, wie es scheint, beschäftigen sich die einzelnen Parteien intensiv mit dieser Vorlage, da es sich hier doch um eine überaus wichtige Sache handelt. Hängt es doch von dieser Wahlordnung ab, wer künftig in den Gemeinden, Kreistagen und Powiatsschulstandorten regieren wird. Von der Wahlordnung für die Landgemeinden hängt ferner die Organisation für die höheren Selbstverwaltungskörperschaften ab, und daher ist es begreiflich, daß von nationalistischer Seite der laute Ruf nach der Ver-

Der Zloty (Gulden) am 10. März

(Worbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar	= 5,21 Gulden
	100 Zloty	= 101,50 Gulden
Warschau:	1 Dollar	= 5,20 Zloty
	1 Danz. Gulden	= 0,98% Zloty

Bank Polski zahlte heute für 1 Dollar 5,16—5,16%.

1 Reichsmark = 1,23%—1,24% Zloty

fassungsreform und Änderung der Wahlordnung auch auf das Gebiet der Wahlordination für die höheren Selbstverwaltungskörperschaften hinausläuft. Der Kampf unter den einzelnen Parteien nach dieser Richtung hin ist bereits in vollem Gange. Die Rechten führt ihr schwerstes Kaliber heran, da sie weiß, daß von dem Zustandekommen einer ihrer genommenen Wahlordnung für die Landgemeinden das Gelingen ihres

beabsichtigten Attentats gegen Verfassung und Wahlordnung

für Sejm und Senat abhängt. Die Wahlordnung für die Landgemeinden ist gleichsam der Vorhof für den Freudentempel, der den nationalen Parteien durch eine „Reform“ der Verfassung und der Wahlordnung für Sejm und Senat werden soll.

Schon in den ersten Sitzungen der Verwaltungskommission, die sich mit der Wahlordnung für die Landgemeinden beschäftigte, kam es zwischen der Rechten und den Linken zu heftigen Zusammentreffen. Die Nationalisten befürchten, daß die Selbstverwaltungskörper den Staat zerstören oder gar seine Einheit lockern könnten. Obwohl sie selbst bei jeder Gelegenheit betonen, daß die Selbstverwaltungskörper sich überwiegend wirtschaftlichen und administrativen Angelegenheiten widmen hätten, haben sie allein den politischen Kampf auf dieses Gebiet hinausgetragen, ein Gebiet, auf dem die Linken die Rechten in den Gemeinden mindet und rechtslos gemacht werden sollen. Da die Linken sah, daß diese Taktik der Rechten sich auch gegen den Arbeiter richtete, begehrte sie dagegen auf, und die Rechtskreise ließen in der Presse unzweckmäßig durchdringen, daß sie alle Doktrinen fortwerfen wollten, und nur das Ziel der Entlastung der Selbstverwaltungskörper im Auge habe. Das bisherige System, das einer Revolutionsatmosphäre sein Gritzen verdankte, sei ihrer Ansicht nach falsch, man müsse deshalb einen anderen Weg beschreiten.

Den vollen Einfluß in den Landgemeinden will sich der polnische Nationalismus vorzugsweise durch die Mehrstimmigkeit

sichern. Gewisse Bürger sollen bei den Gemeindewahlen mehr als eine Stimme besitzen; jeder Bürger, der polnisch lesen und schreiben kann, der direkte Steuer zahlt und beim polnischen Militär eingesetzt hat, soll das Recht haben, je eine Stimme mehr abzugeben. Wer also allen diesen Bedingungen entspricht, wäre berechtigt, vier Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen.

Für diese Mehrstimmigkeit setzt sich die stärkste Partei im Sejm, der „Nationale Volksverband“, ein, während die anderen Nationalen Parteien diese Auffassung in verschiedener Form bekämpfen. So wollen die Christlich-Demokraten nichts von dem Punkte wissen, der von den direkten Steuern handelt, die Piasten aber sind gegen die Bedingung, daß der Wähler polnisch lesen und schreiben können muß. Die Linke, von der Nationalen Arbeitspartei bis zu den Sozialdemokraten, ist entschieden gegen die Mehrstimmigkeit und deshalb ist es in der Kommission zwischen ihr und der Rechten oft zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Dies hat zur Folge, daß die Beratungen sehr langsam vor sich gehen, so daß eine baldige Änderung der Diskussion nicht zu erwarten ist.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß schon mehrfach der Wunsch geäußert wurde,

Neuwahlen in den Gemeinden

vornehmen zu lassen, und nicht darauf zu warten, bis der Gesetzentwurf den Sejm im Senat passiert hat, da dies noch sehr lange währen dürfte. Es sind auch für die Neuwahlen allerlei Pläne unterbreitet worden, wobei die meisten Pläne der Vorschlag hatte, die Neuwahlen auf Grund der bisherigen Wahlordnung vorzunehmen. Der zweite Plan, der jedoch von allen Seiten stark befürwortet wurde, ist der, ein Provisorium zu schaffen und auf diesem Wege Neuwahlen durchzuführen. In dieser Angelegenheit haben in den verschiedenen Wojewodschaften bereits verschiedene Volksversammlungen stattgefunden und als von Seiten der Rechten

die ersten Entgleisungen gegen die Minderheiten

auftauchten, nahm das Ganze eine immer größere politische Nuance an. Heute steht es bereits fest, daß die politischen Parteien die Wahlen in den Gemeinden unter ihren Streitmannen durchführen wollen.

Wie bereits gesagt, ist das Interesse des Landes für die Selbstverwaltung bedeutend gewachsen. Nach unserer Ansicht müßte dies die Politiker veranlassen, Wege zu suchen, auf denen man nur wirtschaftliche Aufgaben zu lösen hätte. Unter diesem Lösungswort müßten denn auch die Gemeindewahlen durchgeführt werden. Wie unsere Warschauer Niedaktion erfährt, will die Regierung selbst die Vorausgabe der Wahlen vor der Annahme der gesamten Selbstverwaltungsgesetze durch die gesetzgebenden Körperschaften nicht durchführen. Inzwischen steigt

die Finanznot der Gemeinden

ins Riesenhafte. Alle Gemeinden werden von der Staatsverwaltung gleichmäßig behandelt, wodurch die schwere Lage besonders in den Industriezentren bedeutend erschwert wird. Die verantwortlichen Stellen müßten sich darüber klar sein, daß von einer guten Selbstverwaltung das Wohl des Staates abhängt. Diese Gefahren hat man auch in Deutschland erkannt, und dort heißt es jetzt:

Zurück zur Selbstverwaltung!

In der deutschen Zeitschrift "Staat und Selbstverwaltung" ist kürzlich ein Aufsatz erschienen, in welchem der Autor die Ansicht aufstellt, daß die Demokratie Gegnerin der Selbstverwaltung sei. Er weist vielmehr nach, daß die "Steinsche Selbstverwaltung" die Wiege der Demokratie war, und sie ist gegenwärtig die Zuflucht dieser Demokratie. Nur die Wiedergeburt des deutschen Volkes zur Folge haben. Feinde der Selbstverwaltung seien die inneren Verhältnisse infolge des verlorenen Krieges. Als Gegenmaßnahmen für den gegenwärtigen Zeitpunkt empfiehlt der Verfasser die Bildung von ständigen Selbstverwaltungskommissionen in allen Parlamenten und einen dauernden Druck der Selbstverwaltungskörper auf die politischen Parteien. Die Selbstverwaltungsparteien müßten sich bei den ihnen nahestehenden politischen Parteien einen großen Einfluß sichern, sie könnten hieraus nur große Vorteile ziehen.

Zweifellos sind diese Darlegungen eines deutschen Verwaltungsmannes auch für die polnischen Verhältnisse sehr interessant. Wenn die Arbeit in der Verwaltungskommission des Sejm und Senats so langsam vor sich geht, wie vorher dargestellt, so trügt in erster Linie der Umstand hieran die Schuld, daß in dieser Kommission sehr wenige Abgeordnete und Senatoren sitzen, die von dem hier in Frage kommenden Fach etwas verstehen. Man kann sich daher nicht darüber wundern, daß man die Selbstverwaltungsgesetze in der Kommission vollkommen auf das politische Gleis geschoben hat.

London über die deutschen Garantie-Vorschläge.

London, 10. März. PAT. Trotzdem offiziell über die Pariser Beratungen geschwiegen wird, bringen die heutigen Tageszeitungen umfangreiche Berichte darüber, was in Paris vorgegangen ist. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Pariser Korrespondenten der hiesigen Zeitungen einmütig feststellen, daß der Teil der deutschen Vorschläge, der sich auf Polen bezieht, nicht ernst zu nehmen sei. Den umfangreichsten Kommentar über die Angelegenheit veröffentlichte heute "Daily Telegraph" in einem Artikel seines diplomatischen Korrespondenten. Das Blatt schreibt: "Wenngleich bis jetzt keine der alliierten Hauptmächte einen bestimmten Standpunkt gegenüber den letzten Vorschlägen der deutschen Regierung eingenommen hat, so haben diese Vorschläge dennoch eine wichtige Rolle in den Unterredungen der Völkerstaaten, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, gespielt. Bei keiner der alliierten Regierungen besteht die Absicht, diese Vorschläge direkt abzulehnen, wenngleich man in französischen Kreisen zu verstehen gibt, wie dies auch voraussehen war, daß man in Bezug auf den osteuropäischen Teil des Vorschlags kein rechtes Vertrauen habe. Es wird jedoch allgemein zugegeben, daß diese Vorschläge nicht nur eine bemerkenswerte moralische Geste der deutschen Regierung darstellen, sondern gleichzeitig einen ernsten Schritt auf dem Wege zur europäischen Stabilisierung und Einigung. Zum ersten Male erkennt Deutschland aus eigenem Willen, ohne hierzu gezwungen worden zu sein, die Unantastbarkeit der französisch-deutschen, belgisch-deutschen und italienisch-deutschen Grenzen an. Darüber hinaus hat sich Deutschland, indem es die Unverletzlichkeit der durch das Versailler Traktat festgesetzten europäischen Westgrenzen anerkennt, verpflichtet, bei irgend welchem Verlust seine östlichen und südlichen Grenzen zu ändern, keine Gewalt anzuwenden. Ein solches Angebot, eine Revision der bestehenden Grenzen durch friedliche Mittel zu erreichen, ist zweifellos gut, wenngleich man in der gegenwärtigen Phase nicht erwarten kann, daß sie den interessierenden Staaten, besonders Polen und der Tschechoslowakei, gefüllt.

Vom englischen und, wie es scheint, auch vom italienischen und belgischen Standpunkt aus, werden die deutschen Vorschläge geeignet sein, daß man sie ernstlich in Erwägung zieht. Tatsache ist, daß man sie in England als eine entsprechende Grundlage für eine Diskussion ansieht, die augenblicklich, bis zur Fällung irgendeiner Entscheidung, die englische Diplomatik von der Verpflichtung befreien kann, die eigene Politik in der Frage der Sicherheit zu umschreiben, eine Politik, welche die verschiedenartigen Strömungen der öffentlichen Meinung sowohl in den hiesigen Regierungskreisen, als auch in denen der Dominions harmonisieren könnte. Für Frankreich jedoch ist die Lage bedenklich schwieriger als für England oder Belgien, da die Verpflichtungen moralischer und materieller Natur, die Frankreich mit Polen und der Tschechoslowakei verbinden, Tatsache sind. In der Tat ist der polnische Außenminister schließlich nach Paris abgereist, um die Interessen seines Staates zu verteidigen. Und nicht allein von Polen und der Tschechoslowakei, sondern von allen unseren Bundesgenossen an der Donau, können wir eine verbissene Opposition gegen die Erweiterung des Grundsatzes des zwangswise Schiedsspruches auf irgendwelche in Vorschlag gebrachte Revision der bestehenden Grenzen erwarten. Es ist wahrscheinlich, daß es notwendig sein wird, in geringe Alternative in diesem Teil der deutschen Vorschläge ausfindig zu machen.

Der französische Korrespondent des gut informierten "Daily Telegraph" stellt fest, daß Herrriot sein Einverständnis zur Beprüfung der deutschen Vorschläge von folgenden drei Punkten abhängig machen wird:

1. daß unabhängige militärische Abkommen gleichzeitig mit der Unterzeichnung eines Paktes zwischen England, Frankreich und Belgien abgeschlossen werden,
2. daß Deutschland dem Völkerbund beitreten muß und sich als an sämtliche Verpflichtungen des Völkerbundpaktes gebunden erklärt,
3. daß in bezug der Sicherheit der im Osten an Deutschland grenzenden Staaten eine neue Formel gefunden wird, da es offenbar ist, daß der territoriale Status quo dieser Staaten nicht Gegenstand eines Schiedsspruches werden kann.

Gleichzeitig stellt der Pariser Korrespondent dieser Zeitung kategorisch fest, daß aus dem Chaos der Kommentare der französischen Presse eine Tatsache sich über die anderen erhebt, unabhängig davon, ob die Autoren Anhänger oder Gegner der gegenwärtigen Regierung sind, und zwar daß ein Misstrauen gegenüber einem Pakt in die Erscheinung tritt, an welchem Deutschland teilnehmen würde, sowie die Notwendigkeit einer Unterstützung Polens.

Dieselbe Feststellung macht der Pariser Korrespondent der "Times", der hierbei hinzufügt, daß dies auch der Standpunkt des Duc d'Orsay ist. "Daily Mail" gibt zu, daß die deutschen Vorschläge diesmal in Frankreich eine bessere Aufnahme gefunden haben, als irgend welche Vorschläge, die früher gemacht wurden. Dies bedeutet nicht, so heißt es in dem Blatt, daß die Franzosen von diesen Vorschlägen erwartet sind, man kann aber sagen, daß sie diesmal mit dem Grundsatz einer deutschen Mitwirkung in dem Abschluß des Paktes einverstanden sind, allerdings immer mit dem Vorbehalt, daß das Vertrag integral geachtet werde. Ein Schiedsspruch in der Frage der polnischen Grenzen wäre nach Ansicht der französischen öffentlichen Meinung ebenso rechtswidrig, wie ein Schiedsspruch in der Frage der Raumung der Kölner Zone.

Der Pariser Korrespondent des "Manchester Guardian" zitiert eine ganze Reihe französischer Stimmen, die aus ver-

schiedenen politischen Lagern stammen, und die ihn zu der Schlussfolgerung bringen, daß, wenn Pertinax und Paul Boncourt und "Gare Nouvelle", wenn die Organe der Aktion, die sozialistischen und die regierungsfreundlichen, einen einmütigen Standpunkt gegenüber den deutschen Vorschlägen einnehmen, daß die Garante auch Polen umfassen müsse, man von vornherein annehmen kann, daß dies genau die Politik Frankreichs kennzeichnet. In kurzen Worten zielt diese Politik auf eine Militärkonvention mit England hin, zum mindesten als eine vorläufige Lösung, und ist Gegnerin begrenzter Garantiekäufe, die man mit einem allzu hohen Betrag erkaufen müßte, wobei sie die französische Politik Tochters, der militärischen Hegemonie und des französischen Kontinentalblocks, der sich auf das Versailler Traktat stützt, schwächen würde.

Republik Polen.

Weitere amerikanische Anleihen für Polen.

Warschau, 8. März. Es verlautet, daß eine amerikanische Kapitalistengruppe der Stadt Katowice für den Zeitraum von 5 Jahren eine achtprozentige Anleihe gewähren will, deren Höhe 1 Million Dollar betragen soll. Die Summe soll zum Bau eines städtischen Schlachthauses und von Lagerplätzen für zollfreie Artikel Verwendung finden.

Die amerikanische Finanzgesellschaft Uhlen et Co. hat in einem Schreiben an die Magistrate der Städte Czestochowa, Lublin, Petrikau und Radomsk, denen sie eine Investitionsanleihe für 20 Jahre in Höhe von 10 Millionen Dollar gewährt hat, die Erklärung abgegeben, daß die Investitionsarbeiten in diesen Städten unter Zuhilfenahme polnischer Arbeitskräfte und polnischen Materials ausgeführt werden.

Die Wyzwoleniepartei für die Auflösung des Sejm.

Warschau, 9. März. Die Wyzwoleniepartei veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem sie erklärt, die gegenwärtige politische Lage sei so verfahren, daß der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen politischen Sackgasse der sei, den Sejm und den Senat aufzulösen. Die Partei fordert die Ausschreibung von Neuwahlen auf Grund der gegenwärtigen Wahlordnung.

Ein Grenzweg um die polnischen Grenzen.

Warschau, 9. März. Der polnische Ministerrat hat den Gesetzentwurf über die Staatsgrenzen genehmigt. Es soll danach ein Grenzweg in der Breite von acht Metern geschaffen werden, der ausschließlich für den Patrouillendienst bestimmt und jedem sonstigen Verkehr entzogen wird. Der Grundbesitz, der in den Bereich des Grenzweges fällt, unterliegt am angewiesener Enteignung. Im Bereich eines zwei Kilometer breiten Grenzstreifens ist der Aufenthalt nur Grundbesitzern polnischer Staatsangehörigkeit sowie Personen gestattet, zu deren Gunsten in dieser Beziehung ausdrückliche Bestimmungen im internationalen Vertrag enthalten sind. Ferner wird eine Grenzzone festgesetzt, innerhalb der Ausländer der Erwerb von Grundstücken verboten ist.

140 Kommunisten in Łódź verhaftet.

Łódź, 9. März. Die Polizei nahm in einem Lokale der Łódzer Berufsklassenverbände eine Revision vor, wobei 140 Personen verhaftet wurden. Unter den Verhafteten befinden sich 30 Frauen. Alle Verhafteten gehören dem Verband der kommunistischen Jugend an. Die Untersuchung ist im Gange.

Aus anderen Ländern.

Eine englische Anleihe in Amerika.

Bien, 10. März. PAT. "United Press" meldet aus New York, daß sich England in den Vereinigten Staaten um eine Anleihe in Höhe von 500 Millionen Dollar in Gold bemüht. Diese Anleihe soll zur Stabilisierung des Kurses des englischen Pfund Vermündung finden. In Finanzkreisen herrscht die Meinung, daß eine solche Transaktion mit Unterstützung der Federal Reserve Bank rasch durchgeführt werden kann. Es wird erwartet, daß der Direktor der englischen Bank in New York eintreffen wird.

Deutscher Wahlsieg in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die letzten Gemeinderatswahlen vom 6. März brachten den Deutschen in Apenrade einen starken Stimmenzuwachs. Während im Jahre 1922 871 Stimmen für die deutsche Liste abgegeben waren, wurden diesmal 1012 deutsche Stimmen abgegeben. Die Deutschen erhielten sechs Mandate, die dänische Sammlerliste erhielt mit 915 Stimmen fünf Mandate, die dänischen Konservativen mit 377 Stimmen zwei Mandate und die Sozialdemokratie mit 677 Stimmen vier Mandate.

Die Briefkastenattentäter vor Gericht.

Danzig, 10. März. PAT. Vor dem Schwurgericht fand gestern eine Verhandlung gegen den Danziger Oberpostsekretär Wilke sowie gegen einen 19 Jahre alten Müller statt, denen zur Last gelegt war, in der Nacht zum 7. Januar die polnischen Brieffächer dadurch beschädigt zu haben, daß sie Tinte hineingossen, die Aufschriften herunterriß usw. Wilke wurde zur Geldstrafe in Höhe von 300 Gulden verurteilt, der Angeklagte Müller zu 50 Gulden Geldstrafe. Die Kosten des Verfahrens fallen den Angeklagten zur Last.

Barmat-Spiegel.

(Von unserem ständigen Berliner Mitarbeiter.)

Berlin, Anfang März.

Das Interesse an den Arbeiten der beiden Untersuchungsausschüsse im Reichstag dauert unvermindert an. Das um so mehr, als weitere wichtige Enthüllungen erwartet werden können. Man soll sich gewiß hüten, vorschnell Schlüsse zu ziehen und wird besonders darauf verzichten müssen, das Maß der moralischen und kriminellen Verhüllung der einzelnen Persönlichkeiten bestimmten zu wollen. Aber schon heute lassen sich gewisse Gründerscheinungen herausheben. Auf der einen Seite steht die Tatsache, daß den Versuchungen der Inflationszeit und der sich anschließenden ersten Periode der Stabilisierung selbst einige alte Beamte nicht standgehalten haben. Mehr als ein Symptom für die Erschütterung altüberkommenen Moralbegriffes darf jedoch darin nicht erblickt werden; denn es besteht bisher kaum ein Anlaß zu der Vermutung, daß die Verfehlungen einzelner Beamter mehr als Einzelerscheinungen sind; nichts berechtigt dazu, von einer allgemeinen Korruption der alten Beamtenchaft zu sprechen. Die zweite Tatsache ist die, daß die eigentlich Akteure volksfreunde und staatsfreude Individuen gewesen sind und daß die Tätigkeit dieser Individuen nicht in Werte schaffender Arbeit bestand, sondern in dem Handeln mit von andern geschaffenen Werten. Die Barmat, Kritiker und wie sie alle heißen, haben sich an dem Hün und Herschieben von Waren und von Krediten bereichert, sie haben aus dem Unglück eines Volkes Millionen vermögen zusammengetragen. Derjenige Punkt, der mit Recht im

Mittelpunkt des Interesses steht, ist die Beteiligung von Parlamentariern. Es ist sicher nicht die richtige Methode, wenn bisweilen die Kompromittierung führender Sozialdemokraten mit unverhohler Befriedigung festgestellt wird. An der Tatsache, daß ohne das starke Interesse, das sozialdemokratische Parlamentarier an den Brüder Barmat und ihren Helfershelfern genommen haben, diese nie in so ungeheurem Umfang in das deutsche Wirtschaftsleben hätten eingreifen können, kommt man jedoch nicht vorbei. Das ein Mann wie Bauer sich hat befehlen lassen — ob es sich um Bedeutung im kriminellen Sinne handelt oder nicht bleibt dahin gestellt — ist, wie man hoffen darf, eine vereinzelte Erscheinung. Durchweg aber ist eine enge persönliche und gesellschaftliche Verknüpfung zwischen den heute vom Staatsanwalt verfolgten und führenden Kreisen der Sozialdemokratie festzustellen. Und darin liegt das menschlich Schmerzhafte der Angelegenheit. Dieselben Männer, die es mit ihrer Ehre als Sozialdemokraten für vereinbar gehalten hätten, sich von einem Stinnes, Krupp oder Alibécker zu einem Diner einzuladen zu lassen, haben es fertig gebracht, in größtem Umfang die Gastfreundschaft von Subjekten zu genießen, die nichts aber auch gar nichts für den Aufbau und gegen den Niederbruch der deutschen Volkswirtschaft getan haben. Die Auszahlung der Ruhrhilfsgelder an die rheinisch-westfälische Industrie läßt sich in keiner Weise mit der Barmataffäre in Parallele stellen. Es muß zugegeben werden, daß bei der Art der Auszahlung manches Unerfreuliche vorgekommen ist, es mag auch sein, daß eine eingehende Prüfung der einzelnen Zahlungen zu Unständen an der Höhe von Auszahlungen kommen wird. Grundsätzlich handelt es sich hier um finanzielle Aufwendungen, um die das Deutsche Reich gar nicht herumkommen konnte, wenn es nicht die Produktionsfähigkeit des wichtigsten deutschen Industriegebietes und eine ungeheure Arbeitslosigkeit der gerade der Sozialdemokratie nahestehenden Schichten mitverschuldet wollte. Man kann den Sozialdemokraten verstehen, der an der Konzernpolitik eines Stinnes, der Tarif- und Lohnpolitik ganzer Industriegruppen schärfste Kritik übt; menschlich begreifen, selbst wo man die Kritik für sachlich nicht berechtigt hält. In jedem Falle bleibt bestehen, daß ohne die Leistung dieser Industriellen es gar nicht denkbar gewesen wäre, daß die deutsche Volkswirtschaft aus dem chaotischen Zustand der ersten Nachkriegsjahre zu halbwegs gesunden Verhältnissen gekommen wäre. Wenn ein Sozialdemokrat, der in der Erziehung von zwei Generationen des Klassenkampfes groß geworden ist, gesellschaftliche Gemeinschaft mit Kapitalistenkreisen ablehnt, dann kann man das würdigen, ja man kann es achten, wenn ein solcher Mann den Wechsel der Seiten nicht dazu benutzt, um Eingang in die Kreise zu gewinnen, die ihm bisher verschlossen waren. Wenn der gleiche Mann aber mit anderen Kapitalisten enge Freundschaft pflegt, Kapitalisten, die sich nur dadurch von den ersterwähnten unterscheiden, daß sie jede positive Leistung vermissen lassen, dann zeugt das von einem Menschen an gesundem menschlichem Gefühl und volklichem Instinkt, der tief zu denken gilt. Auch hier soll man sich vor Verallgemeinerungen hüten. Es unterliegt keinem Zweifel und läßt sich nachweisen, daß große Kreise der Partei den freundschaftlichen Beziehungen ihrer Parteigenossen zu Barmat und Konsorten innerlich mißbilligend gegenüberstanden. An der Partei bleibt es jedoch haften, daß sie aus sich heraus nicht die Kraft gefunden hat, eine Klärung herbeizuführen.

Man wird die preußische Regierungskrise, die bis zur Stunde durchaus noch nicht entschieden ist, nicht befreien können, ohne sich die bisher geschilderten Verhältnisse vor Augen zu halten. Die Verschärfung der Gegenseitigkeit der Parteien ist nicht das Entscheidende. Wichtiger ist der allgemeine Verlust an Vertrauen. So erscheint es psychologisch begründet, wenn man in Preußen nicht zu einer Regierungsbildung zu kommen scheint, die sich auf ein festes Mehrheitsverhältnis stützen kann, daß man vielleicht zu einer Übergangszeit kommen wird. Während der Übergangszeit muss dann mit allen Mitteln an einer Klärung gearbeitet werden. Erst wenn wieder feststeht, wer die Männer sind, deren moralische Integrität außer Zweifel steht, wird die Grundlage geschaffen sein, auf der eine gesunde Regierungsbildung erfolgen kann. Ob an ihr die Sozialdemokratie beteiligt sein werden, läßt sich nicht voraussehen. Daß die Skandalaffären eine schwerwiegende Erschütterung der sozialdemokratischen Position bewirkt haben, ist eine Tatsache, die festzustellen ist, gleichviel wie die Vorgänge zu werten sind.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 10. März.

Bor einem neuen Streik bei der Straßenbahn und im Elektrizitätswerk?

Der schiedsgerichtliche Ausschuß für Handel und Industrie in Bromberg hat in Übereinstimmung mit dem Verlangen des Verbandes der Arbeiter der Gasanstalt und des Elektrizitätswerkes entschieden, daß den Arbeitern dieser Betriebe die Löhne bis zu den in Thorn nach dem letzten Streik festgesetzten Stufen zu zahlen wären. Die Direktion des Elektrizitätswerkes kann nun diese Lohn erhöhung nicht bewilligen, ohne den Preis für elektrischen Strom um 3 gr für 1 Kilowattstunde zu erhöhen. Der Magistrat hat nun diese Preis erhöhung nicht bestätigt. Die Direktion des Elektrizitätswerkes verharrt aber auf ihrem Standpunkt und so ist eine Spannung zwischen ihr und der Arbeiterschaft entstanden, die leicht zu einem neuen Streik führen kann. Gestern, Montag, fand eine Versammlung der Vertragsmänner der Arbeiter des Elektrizitätswerkes, der Gasanstalt und des städtischen Fuhrparkes statt, an der auch der aus Warschau von der Hauptleitung der Gewerkschaften entsandte Generalsekretär Goncerko teilnahm. Heute vormittag fanden Verhandlungen der Vertreter der Arbeiter- und der Betriebe beim Arbeitsinspektor statt, die zur Stunde noch andauern. Sollte es zu einer Einigung nicht kommen, so ist ein Streik nicht ausgeschlossen.

* Nakel (Naklo), 9. März. Ein Einbruch ist diebstahl wurde in leichter Nacht in einer Privatwohnung verübt. Gestohlen wurden Wertpapiere, Uhren, Ringe und ein Posten Wäsche. Der Gesamtverlust wird auf 3000 zł angegeben.

* Posen (Poznań), 7. März. Endlich ist es der Kriminalpolizei gelungen, die Wahrzeigerin festzunehmen, die es, wie berichtet, in zahlreichen Fällen, in denen sie Frauen und Mädchen mit ihrer Wahrzeigekunst beglückt, fertig gebracht hat, nicht nur das Honorar für ihre Ausblicke in die Zukunft einzustreichen, sondern ihnen auch noch Kleidungsstücke und Wertgegenstände abzufordern. Es handelt sich um die in Bromberg geborene 18jährige Marianna Waczkowska, die im vergangenen Jahre ihr Domizil nach Posen verlegt hat. Es ist dem "Pos. Tagebl." aufgefolgt, ein ausgesprochen hübsches Mädchen vom Bürgerlichen Typus, das durch gewandtes Auftreten und gute Kleidung beeindruckt. Zu ihrer Entstehung erklärte sie unter liebenswürdigem Lächeln: Wenn die Leute eben so dummkopf sind! Als Mischbildung bezeichnet sie eine Frau Urbania, bei der sie wohnt, die ihr die durch die Schwindelmannschaft erworbenen Sachen abgenommen und verhökert hat, und deren 22jährigen Sohn, ihren Bräutigam; beide sind gleichfalls festgenommen worden.

Bromberg, Mittwoch den 11. März 1925.

Pommerellen.

10. März.

Graudenz (Grudziądz).

* Ein schwerer Fall konfessioneller Unzulässigkeit gegen protestantische Bewohner wird aus der Gemeinde Jackurcęwo (Sackau) berichtet. Sackau ist ein von Fischern und Kleinbauern bewohntes Dorf, hart an der Weichsel, wo die Ossa mündet. Die Gemeinde gehört zum evangelischen Kirchspiel Mockau und hatte seit ca. 30 Jahren zwei evangelische Lehrer. Nach der politischen Umgestaltung wanderten Deutsche aus und Polen kamen an ihre Stelle. Die zweite Lehrerstelle wurde mit einer katholischen Lehrerin besetzt, während der erste Lehrer evangelisch ist. Da in diesem Winter von der Gemeinde nicht für zwei Schulräume Heizung beschafft wurde, mußten beide Schulklassen nacheinander in einem Schulraum, und zwar in dem des evangelischen Lehrers unterrichtet werden. Da in diesem Raum an der Wand ein Lutherbild hängt, so brachte der evangelische Lehrer daneben auch das Kreuzifix aus der katholischen Klasse an. Bei einer Gemeindeversammlung beanstandete der polnische Gemeindedirektor das Vorhandensein des Lutherbildes in dem Klassenzimmer und hängte es während der Abwesenheit des Lehrers eigenmächtig an eine andere Wand. Um nun den Katholiken volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, hängte der Lehrer das Bild unter das Kreuzifix. Der Gemeindedirektor war auch damit nicht zufrieden, und statt sich an den Dienstvorgaben des Lehrers, den Kreisschulinspektor, zu wenden, beschritt er den Weg der eigenmächtigen Selbsthilfe. Als der evangelische Lehrer nicht im Schulhaus anwesend war und die katholische Lehrerin in der gemeinsamen Klasse unterrichtete, ergriff der Gemeindedirektor, nahm das Bild von der Wand, entfernte es aus dem Raum und stellte es in den Ofen, wo es verbrannte. Der Schulbehörde ist Anzeige von dem Vorfall erstattet worden, man hat aber noch nicht gehört, daß gegen den Gemeindedirektor etwas unternommen worden ist. Es ist nicht anzunehmen, daß die Behörden mit dem Vorgehen des Gemeindedirektors einverstanden sind, sondern daß sie Bestrafung veranlassen werden. *

d. Das Tivoli-Etablissement konnte, nachdem das Stadttheater wieder in sein offizielles Heim, in das ehemalige Friedrich Wilhelm-Schützenhaus, eingezogen ist, wieder seine Pforten öffnen. Es ist zu erwarten, daß während der wärmeren Jahreszeit, wie in früheren Zeiten, in dem schönen Garten wieder Konzerte stattfinden werden. *

* Am Rausch. In der Nacht zum Montag kamen angeckte Herren bei dem Zigarrengeschäft des Herrn Brejst in Markt vorbei. Einer versuchte die Haltbarkeit der Schaukasten zu probieren, indem er mit einem harten Gegenstand an sie schlug, und zwar so heftig, daß die starke Scheibe zerbrach. Danach verließ der Held nebst seiner Gesellschaft den Schauplatz der edlen Tat. Die Polizei ist bereits auf der Spur des Übeltäters. *

Vereine, Veranstaltungen &c.

Gremdenvorstellung der Deutschen Bühne Grudziądz. Die Gremdenvorstellungen, die am Sonntag um 2.30 Uhr beginnen und um 6 Uhr zu Ende sind, haben sehr großen Anfang gefunden, weil alle mit der Bahn ankommenden Besucher mit den Abendzügen zurückfahren können. Auf vielfachen Wunsch hat deshalb die Theaterleitung den übermüdigen Operettenschauspieler "Die kleine Sünderin" für Sonntag, den 15. März d. J. als Gremdenvorstellung angezeigt. Diese Operette hätte von einer zur anderen Aufführung einen immer größer werdenden Erfolg. Die Szenen mit der Heilsarmee und mit dem Boxerpaaß sind auch von einer solchen unwiderstehlichen Komik, daß das Publikum stets in tosendem Beifall ausbricht. Es empfiehlt sich, sich bei Seiten einen guten Platz zu sichern, da auch damit gerechnet werden muß, daß auch diese Gremdenvorstellung, wie die früheren, ausverkauft sein wird. (8551 *)

Thorn (Toruń).

—dt. Auf dem letzten Hauptmarkt und Pferdemarkt waren aufgetrieben: 484 Pferde, 86 Kühe, 48 Fettschweine, 168 Läuferschweine, 230 Ferkel und 8 Ziegen. Gezahlt wurden: für alte Pferde 50—150 zł., Arbeitspferde 150—250 zł., bessere Arbeitspferde 300—500, Buchtmaterial 550—700, Kohlen (einjährig) 75—150, zweijährige 200—300, alte Milchkühe 150—200, junge Milchkühe 200—300, Sterken 150—250, Fettschweine für den Bentiner Lebendgewicht 50—52, Läuferschweine über 35 Kilo Gewicht 35—45, unter 35 Kilo 30—32, Ferkel das Paar 20—25, Ziegen 9—12. Die Kauflust und der Umsatz waren stark; bei Schweinen und frischen Milchkühen waren die Preise gestiegen und nach letzteren bestand eine große Nachfrage. **

—dt. 200 zł für einen alten deutschen Tausendmarkschein! In einem Trödlergeschäft in der Windstraße (ul. Rozanów) liegen neben allerlei Papiergegenstände Sammlerstücke auch zwei alte deutsche braune Tausendmarkscheine. Auf die Anfrage eines "Geldsammlers", was ein Tausendmarkschein koste, erhielt er die Antwort: "200 zł das Stück!" **

—dt. Minderwertigkeit bei Backwaren. Die Kriminalpolizei hat bei verschiedenen Bäckern festgestellt, daß sie Backwaren (Brot und Semmel) mit geringerem Gewicht verkaufen, als vorgeschrieben. Die betreffenden Bäckermeister werden sich wegen Betruges zu verantworten haben. **

* Gdingen (Gdynia), 9. März. Infolge des fast schneefreien Winters und des niedrigen Wechselwasserstandes darf mit einem wesentlichen Frühjahrs hochwasser nicht zu rechnen sein. Es war daher auch nicht nötig, Deichverteidigungsmahnahmen an zu treffen. Das Schöpfwerk bei Rondsen brauchte bis jetzt nicht in Tätigkeit versetzt zu werden, und es wurden dadurch große Mengen Kohlen erspart. Eine Reaktivatur der Maschinen konnte vorgenommen werden, um sie betriebsfähig zu erhalten.

* Dirschau (Dzięgiel), 9. März. Ein schwerer Einbruch diebstahl wurde in Belpin verübt. Diebe stiegen in der Nacht in das Geschäft der Brüder Malewski ein und stahlen dort Waren im Werte von 1200 zł, darunter eine ganze Anzahl Anzüge und andere Konfektionsartikel. Bisher konnte man der Dieb nicht habhaft werden.

* Gdingen (Gdynia), 9. März. Im Laufe des Jahres 1924 liefen den Gdingener Hafen 23 Negerungshandschiffe, 25 Küstenmotorschiffe, 29 Dampfer und 10 Segelschiffe an. Sie gehörten ausnahmslos der Küstenschiffahrt an und stellen 350 Fahrzeuge mit 20 984 Tonnengewicht dar. Diese Küstenschiffe landeten 11 779 Passagiere. Es handelt sich also nicht um eine eigentliche Handelsfahrt, sondern um den Reiseverkehr der zahlreichen Sommerfrischler und Badegäste, wie er auch in Sopot, Gdynia und Gubkowice realisiert werden könnte. Außerdem gingen in den Hafen 288 Ritter und 125 Fischerboote mit 378 Tonnen lebender Fische ein. An Überseeschiffen dagegen wurden 21 Dampfer und 6 Motorschiffe mit einem Gesamttonnengewicht von 40 616 NettoTonnen gezählt. Sie brachten 631 Tonnen Ladung und 12 725 Passagiere. Zusammen trafen in Gdingen 289 Wasserfahrzeuge, 24 501 Passagiere und 1009 Tonnen Ladung ein. Ausgelaufen sind nach einer VAT-Meldung insgesamt 353 Fahrzeuge der Küstenschiffahrt mit 20 854 NettoTonnen Schiffsräum und 4833 Passagieren, außerdem 2805 Ritter und 127 Fischerboote mit 225 Tonnen Seefischen. An Überseeschiffen sind gezählt 21 Dampfer und 6 Motorschiffe mit 15 050 Passagieren (vorwiegend für Frankreich) und 9086 Tonnen Ladung. Der gesamte Schiffsverkehr des Jahres betrug 5408 Schiffe von 123 050 Tonnen Raum, ohne den Tonnengewicht der Fischerboote. An Hafengebühren hat der Gdingener Hafen im Vorjahr 12 500 zł gebracht.

* Ronitz (Chojnice), 9. März. Der Schmuggel mit Danziger Tabakerausnissen blüht immer mehr, und sogar die starken Grenzwachen können nicht überall einschreiten. Kürzlich begegnete der Förster aus Lóstowki im Walde zwei Schmugglern, die mehrere 1000 Danziger Ziga-

retten bei sich hatten. Unter Drohung mit dem Revolver zwangen sie den Förster zur Rückkehr.

* Puck (Puck), 9. März. Seit einiger Zeit macht eine Einbrecherbande unseres Kreis unsicher. Aus verschiedenen Ortschaften treffen Klagen ein über Einbruchsbiebstähle. So wurde u. a. dem Mechauer Pfarrhaus ein Besuch abgestattet, bei dem die Einbrecher wertvolle Pelze und Wäsche stahlen. Ebenso in Lesniewo (Lesznowa) wurden mehrere Besitzer von dieser Bande heimgesucht. Auch in Darzilie soll ein Einbruch bei einer Lehrerin verübt worden sein, während sie in Lesniewo ein Vergnügen mitmachte. Der Anführer der Bande, ein gewisser Nadolski, wurde vor einigen Tagen in Danzig verhaftet und nach Wejherowo (Neustadt) transportiert.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 7. März. In das Direktionszimmer des Lichtspielpalastes in der Marszałkowska 112 drangen nachts Diebe ein. Sie mußten mit dem Innern gut bekannt gewesen sein, denn sie fanden ohne Mühe zwei Verstecke in der Wand, die derart mit Tapeten überklebt waren, daß sie von der übrigen Wand nicht abtasten, und vor denen überdies noch Bilder hingen. In diesen Verstecken befanden sich vierne Cassette, die Gold, Wechsel und verschiedene Wertpapiere enthielten. Die Einbrecher sprengten die Kassetten und stahlen Geld und Wertpapiere im Werte von 20 000 zł. Die Polizei ist den Dieben bereits auf der Spur. — An einem der letzten Vormittage kam es im Hause Marszałkowska 104 zu einer Explosion in einem Raum, in dem sich elektrische Elemente der Firma Hale befinden haben. Dabei wurden zwei Mädchen, die dort beschäftigt waren, schwer verbrannt. Ein drittes Mädchen vermochte sich zu retten.

* Warschau (Warszawa), 8. März. Die hiesige Kriminalpolizei erhielt die Mitteilung, daß im Keller des Hauses ul. Bielicka 28 Silbergeschirr usw., das dem ermordeten Baron Nikolaus II. gehörte, vergraben sei. Ein dorthin entstandener Geheimpolizist konnte bereits nach wenigen Spatenstichen einen Teil reichskrustierten Tafelsilbers, dessen jedes Stück das Monogramm N II und die Barockkrone trägt, aufdecken. Wie festgestellt wurde, war dies Silber Eigentum des im selben Hause wohnhaften und als Gehörer bekannten Abraham Jonis. Er wurde verhaftet und sagte bei der Vernehmung aus, daß er das Silber bestickt von zwei Brüdern Kieleczky gekauft habe. Nun ist einer von diesen wegen eines Raubüberfalls erschossen worden, der andere aber aus dem Gefängnis ausgebrochen und geflohen. Die weitere Untersuchung, ob das gefundene Silber dem ermordeten Baron gehört hat, ist im Gange.

* Lemberg (Lwów), 8. März. Wie das "Österreichische Volksblatt" berichtet, fand am 24. Januar die ordentliche Gründungsversammlung des "Vereins deutscher Hochschüler" statt. Die erste vorbereitende Gründungsversammlung war bereits im Juni 1922, doch konnte eine Bestätigung der Satzungen nicht erreicht werden. Nicht weniger als dreimal wurden sie unbefristigt zurückgestellt, bis jetzt endlich das Unterrichtsministerium seine Zustimmung erteilt hat. Die Schwierigkeiten lagen hauptsächlich darin, daß der Verein über aller Hochschulen in Lemberg als Mitglieder aufzutreten und jeder Senat Stellung zu nehmen hatte. Die Zahl der Mitglieder des V. D. H. beträgt gegenwärtig an 30, die Hörer der Universität, technischen Hochschule, Tierärztlichen Hochschule und der Handelshochschule sind. Durch die Gründung dieses Vereins, zu dessen Vorsitzenden Otto Wendel, Stellv. Erich Frey, Schriftsteller Arthur Wagner und Kassenwart Julius Höpling gewählt wurden, ist eine Zusammenfassung der deutschen Studenten getroffen worden, deren Mangel sehr fühlbar war.

Protos-Wagen — Stadie fragen

Thorn.

Wir bringen hiermit dem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß am Donnerstag, den 12. März d. J. die Eröffnung des

Kino „Passage“

stattfindet, mit der Vorführung des schönen Bildes aus dem Leben

Menschen

mit Alfred Abel in der Hauptrolle. (Das Bild ist von der Filmerzeugung Meiner).

Thorn, Deutsches Heim, Wielkie Garbary.

Spezialvorbereitung
f. legl. Büroorganis. In-
n. Ausl. Tariforiente.
Landwirt. Fabr.
Bank ic. Buchhaltung.
Bilans, Stenogr., Kal-
kulation ic. Büro-
maschinen, individuell,
prakt. Separatunter-
jederzeit. 3352
Direktor a. D. Berger,
Toruń, Jealarsta 25.

Wurstgemüß
neu eingetroff. billige
la Wagen-Laternen
Celluloid f. Autofenst.
Walchleder und
Schwämme in allen
Größen zum Wagen-
wälchen, ebenständig.
am Lager komplett.
Arbeitsgefäße befloßige
Arbeitsgefäße
Arbeitsgefäße
m. echt Neusilberbeschlä.
lam. Reit. u. Fahrt-
ut. silber. sow. Reise-
artikel von den ein-
fachsten bis zu den
elegantesten im 3076
Sattler- und Leders-
waren - Spezial-Ges-
äft. Adol. Jodwig 20

1 leicht
4jährige Stute
flotter Träger, preisw.
d. dt. Kartel. Kosibor.
b. Podgorz, prov. Toruń.
J. Giech, Nieszawka
bei Podgorz, prov.
Toruń, 2934

Norge-Salpeter

wirksamster Stickstoffdünger

zu günstigsten Bedingungen sofort ab Toruń liefern

Laengner & Illgner 3355

Telefon 111. Toruń. Telefon 111.

Gegen langfristigen Kredit

Deutsches Kalisalz

Thomasmehl

Superphosphat

Chilesalpeter

Norgesalpeter

liefern prompt

Laengner & Illgner,

Toruń, Chełmińska 17, I.

Telefon 111. 2856

Landwirtschaftl. Maschinen

zur Frühjahrbestellung:

Pflüge, ein- u. mehrspurig.

Kultivatoren, 5, 7, 9 u. 11 Jg.

Pflanzlochmaschinen,

2, 3 und 4-reihig. 2855

Eggen, leichte und schwere

Drillmaschinen, jede Breite und

Reihenweite,

Hand-Drillmaschinen,

für Gärtnerei Planet Jr.

Großes Lager in

Separatoren Krupp

empfiehlt unter Konturenpreisen

J. Kujawski,

Maschinenfabrik und Eisengieherei,

Telefon 1485. Toruń. Telefon 1485.

Un den Donnerstagen 12., 19. und 26. März

finden um 8 Uhr abends in der altstädt. ev.

Kirche zu Thorn

aller Art fertig preiswert an

A. Dittmann, G. m. b. H. Bromberg.

Wilhelmstraße 16.

3546

Der Gemeindeschenkenrat.

Graudenz.

Plac 23 Stocznia Nr. 23
u. Plomben von 2 Stotz an in exzellenter
Ausführung. Auf Teilezahlung.

Deutsche Bühne Grudziądz

Mittwoch, d. 11. März 1925, pünktl. 8 Uhr.

im Gemeindehause: Zum ersten Male!

„Galante Nacht“.

Abenteuer in 3 Akten von Hans Bachwitz.

Sonntag, den 15. März 1925:

Fremden-Vorstellung.

Beginn nachm. 2½ Uhr. Ende 6 Uhr.

„Die Kleine Sünderin.“

Operetten-Schwank in 3 Akten v. Hans Berlett.

Musik von Jean Gilbert.

Diese Fremden-Vorstellung haben wir auf

vielfachen Wunsch angelegt, damit allen

Kreiseln Gelegenheit geboten ist, diese über-

mäßige Operette lernen zu lernen. Es

empfiehlt sich, sich bei Seiten einen Platz zu

Bank M. Stadthagen Tow. Akc., Bydgoszcz

Filiale: BERLIN

erledigt Bankgeschäfte jeder Art

Inkasso — Diskonto — Beleihung von Wertpapieren — Devisen — Provisionsfreie Scheckkonten — Krediterteilung — Annahme von Spareinlagen.

2791

Zur Saat

Gemüse- und Blumensamen

Gras-, Klee- und Feldsamen

aus erstklassigen in- u. ausländischen Züchtereien

empfiehlt



Kopfsalat „Mai König“ Telefon 839.

Preisliste auf Wunsch gratis und franko.

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

3099

Rundschau des Staatsbürgers.

Wann ist ein Eisenbahnyplatz belegt?

Wiederholte gibt es unliebsame Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden im Eisenbahnbüro wegen der Belegung von Plätzen. Es sei daher darauf aufmerksam gemacht, daß durch Hinlegen einer Zeitung oder eines Buches sowie durch Niederlegen des Handgepäcks im Gepäckraum ein Aufdruck auf den darunter befindlichen Platz nicht erworben wird. Als belegt gilt der Platz nur, wenn Hand geöffnet, Kleidung gestülkt usw. auf den betreffenden Sitzplatz niedergelegt sind. Eine Ausnahme davon machen selbstverständlich solche Fälle, in denen durch die Lösung von Platzkarten Sitzplätze belegt werden können. Neuerdings ist auch in der vierten Wagenklasse die Belegung von Plätzen gestattet. Dabei ist in gleicher Weise zu verfahren, wie in den übrigen Wagenklassen. Was die Miete von Kindern betrifft, so haben solche, für die eine Kinderfahrkarte zum halben Preis geköpft ist, Anspruch auf einen Sitzplatz. Kinder, für die eine Beförderungsgebühr noch nicht erhoben wird, müssen dagegen bei Platzmangel auf den Schoß genommen werden.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 10. März.

Der Verein der Inhaber von Hypotheken, Banknoten, Staatsanleihen usw.

hielt am vorigen Sonnabend im Schützenhaus wieder eine stark besuchte Versammlung ab, zu der alle Interessenten eingeladen waren. Es sprachen eine ganze Reihe von Rednern in meist recht eingehenden Ausführungen zur Auswertungsfrage. Danach ist Aussicht vorhanden, daß das Gesetz vom 14. Mai 1924 einer gründlichen Revision unterzogen wird. Es wird eine erhebliche Erhöhung der Auswertungsfähigkeit angestrebt, und man glaubt der Unterstüzung an maßgebenden Stellen sicher zu sein. Es wurde indessen von einem Redner darüber gefordert, daß zu einer energetischen Propaganda noch immer die nötigen Mittel fehlen und deshalb an die Mitglieder der Appell gerichtet, pünktlich die Beiträge zu zahlen und nach Möglichkeit über die festgelegten Sätze hinaus auch freiwillige Zuwendungen zu machen. Alle Interessenten, die dem Verein noch nicht angehören, wurden aufgefordert, sich anzuschließen. Anmeldungen werden vom Vorsitzenden, Herrn Rzepecki, Bahnhofstraße 29, eine Treppe, entgegenommen. Auf die Anregung eines deutschen Teilnehmers der Versammlung wurde vom Vorstande das bestimmte Versprechen gegeben, daß in künftigen Sitzungen in beiden Sprachen verhandelt werden soll. Zum Schlus wurde folgende Resolution von der Versammlung angenommen:

"Wir zu einer großen Kundgebung am 7. März 1925 im Schützenhaus zu Bromberg verfaßten Besitzer von Hypotheken, Staatsanleihen, Banknoten usw. protestieren energisch gegen die Gesetze vom 17. 3. und 14. 5. 24 über die Umrechnung unserer Forderungen. Wir fordern vom Sejm und Senat die Aufhebung der oben bezeichneten uns schädigenden Gesetze oder den Erlös solcher Novellen, die auf dem Grundsatz der Gerechtigkeit und des gültigen Hypothekenrechts beruhen, den Wert und die Kaufkraft der polnischen Mark im früheren Preußischen Teilstück berücksichtigen, der Gerechtigkeit entsprechen und unseren moralischen und materiellen Schaden in möglichst kurzer Zeit beseitigen."

Einen literarischen Gesellschaftsabend veranstaltete gestern im Saale des Deutschen Hauses der Verein Deutsche Bühne. Es sollte ein erster Versuch sein, die Mitglieder zu einem zwanglosen geselligen Zusammensein zu vereinigen, bei dem natürlich die Würze des literarischen und musikalischen Vorträge den Hauptreiz bilden sollte. In seiner Begrüßungsansprache kennzeichnete der Vorsitzende, Dr. Tietze, den Zweck des Abends in dem erwähnten Sinne und betonte dabei, daß dadurch manche noch bestehenden gesellschaftlichen Schranken hoffentlich verschwinden würden, und daß der zu erwartende engere Zusammenschluß auch dazu beitragen möge, den Fortbestand und das Gedächtnis der Deutschen Bühne zu sichern und zu fördern. Von dem Gelingen des Abends werde es abhängen, ob noch weitere der gleichen Art folgen würden. Nun, der Abend kann als "gelungen" im weitesten Sinne angesehen werden. Der Einladung war in so reichem Maße entsprochen worden, daß Haupt- und Nebensaal bis auf das allerletzte Plätzchen besetzt waren, und unter den vollzähligen Teilnehmern herrschte eine frohbewegte Aufnahmemöglichkeit für den Neigen der Vorträge, die in Aussicht standen. Zunächst sprach Willi Damaskus über das "Theater unserer Heimat vor hundert Jahren" und gab eine Fülle von allerlei Einzelheiten, zum Teil humoristischen Beigeschicks, aus der Art der Theaterführung in Posen und Bromberg in den ersten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. (Nebenbei möchten wir bemerken, daß das, was Redner als "Freischütz"-Reklame eines Theaterdirektors vorlas, wortwörtlich als Regievorschriften in der Partitur des Werks steht.) Dann folgten, von dem Vorsitzenden des Festausschusses, Direktor Kielhauer, durch eine kurze Ansprache eingeleitet, eine stattliche Reihe von Vorträgen ernster und heiterer Art, in denen eine stattliche Anzahl von Mitgliedern des Spielkörpers der Bühne zeigten, daß sie auch "in Civil" vorzügliches bieten können. Beteiligt waren daran gesanglich Otto Kolloch-Reed, Hildegard Urban, Prof. Schunrau und Emil Hayn, deklamatorisch Elsa Stenzel, Adalbert Behnke, Karl Kreisemer und Kurt Hassenwinkel. In buntem Wechsel von Ernst und Scherhaftester öfter von drastisch-schläglicher Wirkung gab es da wirksame Stücke und Stükchen, anregend, fesselnd und stimmungsbeflend. So kam unverkennbar die Mitternachtstunde heran, zu der der Schluss gemacht wurde. Der nächste Abend darf seiner Zugkraft sicher sein.

Durch eine verirrte Kugel erschossen wurde, wie uns berichtet wird, am Sonntag in der Umgegend von Schubin ein am Bahndamm entlang gehender Eisenbahner. Die Begleitumstände, die uns gemeldet werden, sind aber so ungeheuerlich, daß wir vorerst an der Richtigkeit zweifeln müssen. Der Vorfall soll sich nämlich so abgespielt haben, daß Fortbildungsschüler militärische Übungen abhielten, in deren Verlauf der unglückliche Schuß gefallen sein soll. Danach wären also diese Schüler-Schießübungen mit scharfer Munition abgehalten worden! Wir halten das für ganz ausgeschlossen und nehmen an, daß sich der Fall in anderer Weise aufzulösen wird.

Mehrere Einbruchsdiebstähle sind heute zu melden. In einer Wohnung des Hauses Peterhofstraße (Peterhof) 15 wurde nach Eingeschlagen eines Fensters ein Einbruch in die Küche verübt und neun silberne Löffel im Wert von 60 Złoty entwendet. — Aus einem Geschäft in der Friedrichstraße (Duga) 41 wurden mittels Einbruchs Schreibmaterialien im Werte von 200 Złoty gestohlen. — Aus dem

Büraum einer Wohnung im Hause Karlstraße (Karlszawka) 22 wurden ein Mantel und ein Jackett entwendet. Der Tat verdächtig ist ein Bettler, der wie folgt beschrieben wird: Etwa 50 Jahre alt, schmales Gesicht, langer gelblicher Schnurrbart.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Gente 8 Uhr im Stadttheater Chopin-Abend von Professor Zygmunt Lisicki und Dr. Witold Belza. Das Programm bringt hervorragende Klavierwerke von Chopin: Nocturnes, Studien, Polonoise-Fantaisie, Ballade F-moll, Barcarole Fis-dur, Scherzo Cis-moll, sowie einen Vortrag über den durch seine Werke unsterblichen Komponisten. Der Abend verspricht somit einen hohen künstlerischen Genuss. Karten zum Preise von 70 Gr. bis 4 Złoty an der Theaterkasse von 10-1 und 5-8 Uhr. Telefon 1128. (2558)

Chamberthor. Die nächste Probe findet des Sammeln-Vortrages wegen ausnahmsweise schon am Mittwoch, den 11. März, im Biwakino statt. Frauenstimmen 7½ Uhr, Männerstimmen 8 Uhr. (2484)

Die Tänzerin aus Liebe, die melodische und humorvolle dreiläufige Operette von W. Moll, Musik von W. Winterfeld, Director des Bromberger Conservatoriums. — Premiere morgen, Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Stadttheater. Am Dirigentenposten der Komponist persönlich. — Große Balletteinlage und originelle Tanzrevolutionen. — Theaterklasse 10-1 und 5-8. Tel. 1138. Preise von 1,00-6,50 Zł. Die Nachfrage nach Karten ist sehr groß. (2556)

O. G. I. R. u. W. Donnerstag, den 12. 3., abends 8 Uhr, spät im Biwakino Herr Universitätsprofessor Dr. Richard Hamann-Marburg über "Expressionismus und Kultur der Gegenwart" (mit Lichtbildern). Vorverkauf Buchhandlung E. Hecht Nach. (2579)

Gesellschafterverein. Freitag, den 13. 3. abends 8 Uhr, Sitzung bei Wöhri. Gäste willkommen. (2584)

Briefkasten der Redaktion.

Mehrere Anfrager. Wir erfreuen Auskunft nur an Personen, die sich als solche ausweisen können.

S. S. 1. Für Aktienanleihen ist noch keine Anmeldung vorgesehen. Die deutsche Regierung würde in Kürze einen Gesetzentwurf über die Aufwertung des Reichstags vorlegen. Damit erledigt sich auch die 2. Frage. 2. Von der Erbmasse erhält der überlebende Ehegatte ½, die Kinder den Rest zu gleichen Teilen.

Handels-Rundschau.

Vom Eisenbahnerverkehr in Polen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftskrise hat sich der Eisenbahnerverkehr sehr stark verringert. In den Industriebezirken soll die Verminderung fast 40 Prozent betragen.

Im polnisch-deutschen Güterverkehr wird mit Beschränkung die sogenannte "Frachtabnahmefreiheit" durchgeführt werden. Die jetzt bestehende Beschränkung, daß die Fracht bis zur Grenze vom Absender zu tragen ist, wird aufgehoben werden, und es wird in das Erreichen des Frachtförderers gestellt werden, ob er selbst die Fracht bezahlt will oder ob sie von dem Empfänger der Sendung einzuzahlen ist. Alsbald soll ferner an die Schaffung von Tarifen mit ausgerechneten Frachtfäßen für diejenigen Güter herangegangen werden, die im Verkehr zwischen Deutschland und Polen eine wichtige Rolle spielen. Schließlich ist ein deutsch-polnischer Eisenbahnverband für den Güterverkehr zwischen beiden Staaten geschaffen worden, dem die Aufgabe obliegt, ständig an der Verbesserung der Verkehrsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu arbeiten. Derartige Verbände haben im übrigen außerordentlich wertvolle Arbeit leisten können. Die Geschäftsführung im polnisch-deutschen Eisenbahnverband ist auf Antrag der polnischen Eisenbahndirektion Breslau übertragen worden.

Die Diskontherabsetzung der Bank von Danzig. Nachdem durch eine Verständigung mit den bissigen Banken eine wesentliche Erhöhung der Zinssätze erfolgt ist, sieht sich die Bank von Danzig in die Lage versetzt, die seit längerer Zeit in Aussicht genommene Diskontmäßigung durchzuführen und hat ihren Diskonttarif mit Wirkung ab 6. März 1925 auf 9 Prozent und den Lombardsatz auf 11 Prozent herabgesetzt.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 9. März. Umsätze. Verkauf — Kauf. Weiß 26,71/2, 26,34—26,21; Holland 207,55, 208,05—207,05; London 24,70/1, 24,86—24,73; Neupark 5,18/2, 5,20—5,17; Paris 27,05, 27,11—26,99; Prag 15,48/4, 15,47—15,40; Schmeis 100,00, 100,25—99,75; Wien 73,11, 73,29—72,98; Italien 21,83/2, 21,89—21,28.

Amliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 9. März. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 125,688 Geld, 126,315 Brief; 100 Złoty 101,67 Geld, 102,18 Brief; Schied London 25,2075 Geld, 25,2075 Brief. — Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,22 Geld, 25,22 Brief; Berlin Reichsmark 125,688 Geld, 126,315 Brief; Neupark 1 Dollar 5,2792 Geld, 5,2058 Brief; Warschau 100 Złoty 101,27 Geld, 101,78 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Diskont- sätze	Für drahtlose Auszah- lung in deutsche Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
		9. März Geld	Brief	7. März Geld	Brief
—	Buenos-Aires. 1 Brief.	1,657	1,661	1,658	1,662
7 %	Japan. 1 Yen.	1,583	1,687	1,693	1,697
—	Konstantinopel 1 Pf.	2,11	2,12	2,09	2,10
5 %	London. 1 Pf. Strel.	20,005	20,055	20,009	20,005
3 %	Neuport. 1 Doll.	4,195	4,205	4,195	4,196
—	Rio de Janeiro 1 Mrt.	0,464	0,466	0,466	0,468
4 %	Amsterdam. 100 Gl.	167,59	168,01	167,59	168,01
5,5 %	Brüssel. Antw. 100 Fr.	21,24	21,30	21,19	21,25
6,5 %	Christiansia. 100 Kr.	63,97	64,13	63,97	64,13
—	Danzig. 100 Gulden	79,325	79,525	79,325	79,345
9 %	Helsingfors 100 Finn. Kr.	10,557	10,597	10,552	10,562
5,5 %	Italien. 100 Lira	17,21	17,25	17,16	17,20
7 %	Jugoslavien 100 Dinar	6,71	6,73	6,71	6,73
7 %	Kopenhagen. 100 Kr.	75,21	75,39	75,11	75,29
9 %	Lissabon. 100 Escute.	19,775	19,825	19,775	19,825
7 %	Paris. 100 Fr.	21,79	21,85	21,74	21,80
6 %	Prag. 100 Kr.	12,45	12,49	12,44	12,48
4 %	Schweiz. 100 Fr.	80,72	80,92	80,69	80,89
9 %	Sofia. 100 Lev.	3,055	3,065	3,055	3,056
5 %	Spanien. 100 Pes.	59,48	59,62	59,53	59,67
5,5 %	Stockholm. 100 Kr.	113,03	113,31	113,05	113,33
12,5 %	Budapest. 100000 Kr.	5,795	5,815	5,79	5,81
13 %	Wien. 100000 Kr.	5,913	5,927	5,913	5,927
18 %	Athen.	6,49	6,51	6,64	6,66

Zürcher Börse vom 9. März. (Amtlich.) Neupark 5,19/2, London 24,73, Paris 26,97/2, Wien 73,20, Prag 15,43, Italien 21,81, Belgien 26,30, Holland 207/2, Berlin 123,72/2.

Die Bank Polst zahlt heute für 1 Goldmark 1,22 Bl., 1 Dollar, große Scheine 5,16/2 Bl., kleine Scheine 5,18 Bl., 1 Pfund Sterling 23,65 Bl., 100 franz. Franken 26,78 Bl., 100 Schweizer Franken 99,48 Bl.

Altienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 9. März. Für nom. 1000 Mfp. in Blotn. Wertpapiere und Obligationen: 4proz. Posener Pfandbriefe (Vorkriegs) 84,00. 4proz. 2½ proz. abzogene Bemisawa Kred. 10,00. 4proz. und 3½ proz. Pos. Prov.-Oblig. (vorkriegs) 40,00. 4proz. Poszycja konwertowana 0,54—0,58. — Bankaktien: Bank Poznańska 1—8. Em. 0,60. Bank Państwowy 1—2. Em. 7,75—7,50. Bank Bwp. Szczecin. 1—11. Em. 18,40 bis 18,20. Polski Bank Handl. Poznań. 1—9. Em. 4,00—4,20. — Industrieaktien: Browar Krotozyński 1—5. Em. 2,75. G. Ciesielski 1—10. Em. 5,50 Bl. Akt. 29,00—28,00. Centrala Skóra 1. bis 5. Em. 3,00. Geiling Georges 1. Em. 0,60. Goplana 1—8. Em. 9,25. G. Hartwig 1—7. Em. 1,25. Hartwig Kantorowicz 1—2. Em. 5,50. Herzfeld-Bittnerius 1—8. Em. 0,20. Dr. Roman May 1. bis 5. Em. 26,00. Mlynnowska 1—6. Em. 0,70. Piechcin, Fabr. Wapna i Cementu 1—2. Em. 8,00. Piastown 1—3. Em. 0,85. Wapna Spółka Drzewna 1—7. Em. 1,10. Bracia Stabrowscy (Zapalki) 1. Em. 0,90. Wagon Ostrowo 1—4. Em. 8,00. Wytwornia Chemiczna 1—6. Em. 0,45. Tendenz: im allgemeinen schwach.

Produktionsmarkt.

Amliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 9. März. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger

Waggonslieferung Ioko Verladestation in Blotn.) (Ohne Gewähr.) Weizen 39,00—41,50, Roggen 32,50—33,50, Weizenmehl 65proz. infl. Säde 58—61, Roggenmehl 1. Sorte (70proz. infl. Säde) 49,50

Die glückliche Geburt eines fröhlichen Jungen zeigen in dankbarer Freude an

2105

Ernst Rähler und Frau Hertha geb. Fizle.

Bromberg, den 10. März 1925.
z. 3. Berlin W. 57, Pallasstr. 4.

Großes donnerndes Hoch
der Militär-Invalide
Albrecht im Saran-
Stift 27 zum 82. Ge-
burtstage. 2060
Seine Freunde.

In der Zeit vom
10.-25. März erhalten
Sie bei uns bei 5 Stk.
**1 Stück gratis ge-
währt u. geplättet.**
Engawer, Sniadeckich 4.

Wer erteilt ja Dame
i. d. Abendt. Unterr. in
Stenographie. Off.
3. 2067 a. d. Gesch. d. J.

eingetroff. u. offeriert
J. Pietzschmann, Byd-
goszcz, Grudziądzka 8.
Tel. 82. 251

Klee-

Drechsmaschinen

Lanz

sind die besten

Sofort lieferbar ab Lager
Poznań der Gen. Vertrieb
f. Polen

Nitsche i Ska

Poznań
Kantaka 10.
Warszawa
Złota 20.

Wittmänter-Technikum
Frankenhausen
Ing. n. Werkm.-Abt.
für allgemein u. landwirt.
Masch., Elektrot. Flug-
techn., n. Eisenhochbau.

**Wäscherei und
Wärrerei**
Hoffmann, Długa 60,
2076 Hof, 1 Tr.

Preise:

1 Kragen 25 gr

1 Paar Stulpen 30 gr

1 Vorhemde 1 zl

Von
Räumungsquartieren
billig! Billig!

Aepfel u. Birnen
d. Std. 1,50 bis 2,00 zl
bei Abnahme von mindestens 20 Städ.

Buschböume d. Std. 2,00 bis
3,00 zl bei Abnahme von mindestens 10 Städ.

Alle andern Baumüchel-

Artikel in größter

Auswahl

Gärtnerei Jul. Noh.

Sw. Trójcy. Telef. 48.

2663

Wälche z. Blätten
wird angenom. H. Zielińska, Gdańsk 162, H. 1.

2086

Verkauf-

stelle

Wechsel-

formulare

Stempel-

marken

Briefmarken

empfiehlt

J. Jezierski

Gdańska 18,

- Zigarrengeschäft.

Die Beleidigung

die ich Fräulein Frieda

Räthe, Dienstmädchen

bei Herrn Dr. Engel-

hart, Brusac, zuge-

jügt habe, nehme ich

zurück.

Karl Sonnenberg,

Brusica.

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900

900